

Haushaltsplan

Stadt Mönchengladbach 2010/2011

Stellungnahme
CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Mönchengladbach

vorgetragen durch den
Fraktionsvorsitzenden
Dr. Hans Peter Schlegelmilch

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

auf den Tag genau vor elf Wochen sollten nach der ursprünglichen Terminplanung der Doppelhaushalt 2010/2011 und das Haushaltssicherungskonzept 2010 beschlossen werden. Heute ist es endlich soweit, und das Ergebnis der 21 Beratungswochen seit Vorlage des Zahlenwerks am 28. April lässt sich in einem Wort zusammenfassen: **ERNÜCHTERND!**

Wir haben Ihre Worte von Oktober vergangenen Jahres noch gut im Ohr, meine Damen und Herren von SPD, Grünen und FDP, als Sie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt verkündeten, nun werde in Mönchengladbach nicht nur alles anders, sondern vor allem besser, weil ja nun die selbsternannten „Gestalter“ das Sagen hätten.

Und Sie, Herr Oberbürgermeister, Sie haben sich auf jedes Foto gedrängt, das von den Partnern der neuen Mehrheit gemacht wurde, und dabei lauthals verkündet, dass Sie endlich eine „eigene“ Mehrheit hätten, mit der Sie nun Ihre Vorstellungen von der Zukunft unserer Stadt umsetzen könnten.

Was ist geblieben von dieser Euphorie? Antwort: Nichts, aber auch gar nichts! Willkommen in der Realität! Festzustellen bleibt, dass der weitaus größte Teil dieses Haushalt die Umsetzung der mittelfristigen Planung abbildet, die in der Zeit, als die CDU-Fraktion in der Verantwortung war, beschlossen wurde. So schlecht kann das also alles nicht gewesen sein. Versuchen Sie also nicht, den Eindruck zu erwecken, nun das Rad neu zu erfinden. Ihre „Ampel“ weist nicht den Weg, sondern sie blinkt mal rot, mal gelb und mal grün blinkt, aber weil niemand so genau weiß, was denn nun gerade gilt, geht es nicht voran.

Zweifellos wird die Ampel-Mehrheit heute dem Doppelhaushalt 2010/2011 und dem Haushaltssicherungskonzept 2010 zustimmen und damit diese Zahlenwerk, für dessen Zusammenstellung ich an dieser Stelle allen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danke, zur Grundlage der Haushaltswirtschaft unserer Stadt machen. Ebenso zweifellos wird die CDU-Fraktion jedoch Nein sagen, denn ein Haushalt soll ein Steuerungsinstrument sein, und wir können nicht erkennen, wohin Sie, Herr Oberbürgermeister, und Sie, meine Damen und Herren von der Ampel-Mehrheit, unsere Stadt steuern wollen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie mussten ja offensichtlich lernen, dass es mit Ihrer Erwartung, eine „eigene“ Mehrheit hinter sich zu wissen, nicht weit her ist. Ihre „eigene“ SPD, aber auch Grüne und FDP haben Ihnen doch unmissverständlich deutlich gemacht, was sie vom ursprünglichen Entwurf, Ihrem Entwurf des Haushaltssicherungskonzeptes halten. Änderungen an mehr als 50 Stellen sprechen für sich.

Und in den Fachausschüssen bis hin zum Finanz- und Beteiligungsausschuss standen ja weniger Ihr Haushaltsentwurf und Ihr HSK-Entwurf zur Diskussion, sondern fast ausschließlich das so genannte „Antragsbuch“, in dem die Ampel-Mehrheit ihre Vorstellungen von der Zukunft unserer Stadt aufgeschrieben hat. Auch dazu fällt mir nur ein Wort ein: **ERNÜCHTERND!**

Bevor ich dazu später gern noch etwas sage, wende ich mich zunächst noch einmal an Sie, Herr Oberbürgermeister. Ihnen muss ich vorhalten, dass das Haushaltssicherungskonzept ein Dokument Ihrer Untätigkeit ist. Bei näherer Betrachtung der vorgeschlagenen HSK-Maßnahmen stellt sich für uns die Frage, warum Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden und erforderliche Verbesserungen in der Verwaltungsorganisation nicht im Rahmen Ihrer eigenen Organisationshoheit umsetzen?

Beispiele kann ich gern nennen:

- Wenn in der Verwaltung nicht mehr benötigte Software vorhanden ist (S. 32; 15.000 €/Jahr),
- Wenn der Oberbürgermeister doch längst erkannt haben sollte, dass die Einführung des digitalen Rissarchivs ALKIS zu Rationalisierungseffekten führt (S. 169; 54.000 €/Jahr),

dann ist es ihre Aufgabe, Herr Bude, für eine rationelle Verwaltungsorganisation Sorge zu tragen.

- Wenn durch die Optimierung des Dokumentenmanagements (S. 40; 108.000 €/Jahr),
- Wenn durch die Einführung einer elektronischen Steuerakte (S. 56; 11.000 €/Jahr)

eine effizientere Erledigung der Aufgaben der Verwaltung möglich ist, liegt es ebenfalls in Ihrer Verantwortung, Herr Bude, die notwendigen Veränderungen zu veranlassen.

Wenn im Rahmen einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit in den Bereichen Personalabrechnung und Beihilfen Einsparpotenziale erzielt werden können, dann fällt auch

dies aus unserer Sicht in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters. Und wenn sie für einzelne organisatorische Maßnahmen die Unterstützung des Rates benötigen, um z.B. „rentable“ Investitionen tätigen zu können, dann reichen Absichtserklärungen nicht aus. Hier erwarten wir von ihnen konkrete Verbesserungsvorschläge und entsprechende Entscheidungsvorlagen.

Sehr geehrter Herr Stadtdirektor Kuckels,

wir können Ihren Ansatz nachvollziehen, gegenüber der Bezirksregierung unsere Sparanstrengungen möglichst umfassend zu dokumentieren und daher im Haushaltssicherungskonzept auch **die** Maßnahmen aufzuführen, die vom Rat beschlossen, aber von der Verwaltung immer noch nicht umgesetzt wurden. Wir hätten es jedoch begrüßt, wenn Sie zumindest für die internen Beratungen die bereits beschlossenen Maßnahmen in einer separaten Liste mit einer Dokumentation des Umsetzungsstandes aufgeführt hätten.

In diesem Zusammenhang dürfen wir sie wieder an die Zusage des Oberbürgermeisters erinnern, künftig detaillierter über die Wirkung der umgesetzten Maßnahmen aus dem Rödl-Gutachten zu berichten. Wir bitten Sie, in diese Berichte auch die Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen bzw. zukünftig für jede Sitzung des Finanz- und Beteiligungsausschusses den festen Tagesordnungspunkt „Umsetzung HSK-Maßnahmen“ vorzusehen. Insbesondere mit Blick auf die Masse von Prüfaufträgen, die von der Ampel-Mehrheit für das Haushaltssicherungskonzept formuliert wurden, halten wir das für wichtig.

Die CDU-Fraktion hat in den Fachausschüssen immer wieder deutlich gemacht, dass sie viele dieser Prüfaufträge inhaltlich für durchaus sinnvoll hält. Ob im Einzelfall, wie zum Beispiel bei der Erstellung des Raumkonzeptes dafür Geld ausgegeben muss, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls dürfen wir jetzt nicht prüfen um der Prüfung willen, sondern müssen darauf achten, dass möglichst schnell Ergebnisse vorliegen und auch Entscheidungen getroffen werden. **(Und nicht, daß die Beschlüsse in der Schublade ausgesessen werden.)**

Und damit sind wir am Punkt: Alleine die wenigen von mir aufgeführten, bereits durch diesen Rat beschlossenen Maßnahmen beinhalten nach dem HSK ein erhebliches Konsolidierungspotenzial. Viele weitere Maßnahmen stehen in diesem HSK, die durch Ihre Entscheidung, Herr Oberbürgermeister, umgehend umgesetzt werden könnten. Entscheiden Sie, dass ein strategisches Raumkonzept aufzustellen ist, und wir sind optimistisch, dass Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung in der Lage sein werden, gute Vorschläge zu machen. Und dann ist entscheidend: Setzen Sie die Maßnahme um!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mönchengladbach hat nicht in erster Linie ein Entscheidungs-, sondern ein Umsetzungsdefizit. Sie, Herr Oberbürgermeister, tragen dafür die Verantwortung.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie wollten mit ihrem Haushaltssicherungskonzept eine Konsolidierung in Höhe von ca. 6,5 Millionen Euro in diesem Jahr, ca. 24,5 Millionen Euro im nächsten Jahr und ca. 28,8 Millionen Euro im Jahr 2012 erreichen. Hierzu haben Sie insbesondere Steuererhöhungen vorgeschlagen.

Sehr geehrter Herr Bude,

machen Sie zunächst Ihre Hausaufgaben, bevor Sie die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt weiter belasten. Die CDU-Fraktion begrüßt es daher, dass sie bei der Ampel keine Unterstützung für diesen Weg gefunden haben und unser seit vielen Jahren eingeschlagener Weg der Stärkung des Standortes Mönchengladbach weiter verfolgt wird.

Und so bleibt am Ende nicht viel übrig von Ihrem Haushaltssicherungskonzept. Die verbleibende Konsolidierung erreichen Sie insbesondere durch den Abbau von 40 Stellen pro Jahr, ohne dass sie uns auch nur annäherungsweise darlegen könnten, in welchen Bereichen Sie das Einsparungspotenzial sehen. Im Gegenteil: Tatsächlich erhöhen Sie zunächst den Personalbestand. Die haushaltswirksame Berücksichtigung dieser Konsolidierungsbeiträge ist unsolid und unseriös. Sind die Aufwendungen für die neuen Stellen, die sie sich selbst für Ihr Dezernat genehmigen, bereits im Haushaltsplan enthalten? Wenn nicht: Welche weiteren Belastungen kommen durch den Stellenplan auf uns zu? Unsere Unterstützung haben sie für diese Maßnahmen jedenfalls nicht.

Und nun zu Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Ampel-Mehrheit. Mit ihrem so genannten Antragsbuch distanzieren sie sich deutlich von „Ihrem“ Oberbürgermeister. Nicht nur, dass sie seine Konsolidierungsbemühungen nicht unterstützen, nein: Auf der Ausgabe Seite setzt sich Ihre unsolide Haushaltspolitik fort. Ist das die in ihrer Koalitionsvereinbarung versprochene Haushaltskonsolidierung?

Was ist von diesem „Antragsbuch“ zu halten? Wir meinen: Viel Papier, wenig Inhalt, keine Ideen.

Lassen Sie mich als Beispiel Ihren Änderungsvorschlag zur HSK-Maßnahme „Zusammenlegung von Amt für Altenhilfe und Sozialamt“ nennen. Was soll dieser Eiertanz? Da hat Mönchengladbach schon vor 35 Jahren mit der Gründung des Amtes für Altenhilfe eine Vorreiterrolle übernommen, als noch niemand von demographischer Entwicklung und dem Älterwerden unserer Gesellschaft sprach. Und jetzt wollen Sie diese bewährte und in der Fachwelt hoch anerkannte Einrichtung wegen eines Einspareffektes von 4.000 Euro im Jahr abschaffen? Haben Sie doch einfach den Mut, diese Maßnahme aus dem HSK zu streichen. Da gibt es zum einen die vielen Prüfaufträge, zu denen ich schon etwas gesagt habe. Da gibt es eine Reihe von Anträgen, die sich damit beschäftigen, bestimmte Personengruppen von Gebührenerhöhungen auszunehmen. Wir halten das für den untauglichen Versuch, vom eigentlichen Thema an dieser Stelle, nämlich den Gebührenerhöhungen, abzulenken.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion,
was ist das für eine Scheinheiligkeit, Wahlkampf mit dem Vorwurf angeblicher schwarze Gelber „Gebührenabzocke“ zu machen und ein Jahr später so zu tun, als seien Gebührenerhöhungen an bestimmten Stellen unvermeidbar? Und die Kolleginnen und Kollegen von der FDP lassen sich also zunächst übelst beschimpfen, um sich anschließend mit denjenigen, die sie beschimpft haben, ins Bett zu legen. Aber wie war vor einigen Tagen – mit Recht - in der Zeitung zu lesen. Die FDP steht für alles und nichts. Das Verhalten beim Thema Bettensteuer oder Hotelsteuer – der Begriff ändert ja nichts am Blödsinn dieser Idee – ist das beste Beispiel.

Interessant wird das Lesen des so genannten Antragsbuchs beim Kapitel „Einlösung von Wahlversprechen“. Da hat die SPD durchgesetzt, dass mehr als 1,5 Millionen Euro für die sechste Gesamtschule bereitgestellt werden – wissend, dass es nie und nimmer gelingen wird, eine vollständige Gesamtschule einschließlich Oberstufe mit dem notwendigen Drittel-Mix von Schülerinnen und Schülern mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialempfehlung zu erreichen, und verschweigend, dass mit der Gründung dieser sechsten Gesamtschule mindestens ein Gymnasium gefährdet sein wird. Seien Sie doch so ehrlich, und benennen das uns Gynasium, was dran glauben wird.

Und was soll man von der Glaubwürdigkeit der Ampel-Mehrheit halten, wenn sie öffentlich verkündet, vor ihrer Initiative mit allen betroffenen Schulen gesprochen und Einvernehmen erzielt zu haben und wenig später die Katholische Hauptschule Stadtmitte vehement gegen die Gesamtschulpläne protestiert.

Die Grünen müssen ihren Wählerinnen und Wählern natürlich etwas Ökologisches präsentieren. Da reicht keine zusätzliche Wiese mit Gänseblümchen – nein, es muss gleich ein 1000-Bäume-Programm sein. Bei aller Freude an jedem Baum, der in unserer Stadt wächst: Ist Mönchengladbach dafür bekannt, ein erhebliches Defizit an öffentlichem Grün zu haben? Gleichzeitig müssen wir von der Verwaltung hören, dass sie den Vorschlag macht, aus Personal- und Kostengründen die Standards bei der Pflege des öffentlichen Grüns erheblich einzuschränken. Hat sich bei den Grünen einmal jemand Gedanken gemacht, wer die 1000 zusätzlichen Bäume pflegen soll und was das kostet? Kommen Sie mir jetzt nicht mit Ihrer Paten-Idee. Das mag ja an der einen oder anderen Stelle funktionieren, aber ansonsten bleibt der Wunsch der Vater des Gedanken – was im Übrigen auch beim Thema „Städtische Brunnen“ gilt.

Die FDP muss sich als Wirtschaftspartei ihre Duftmarke im Antragsbuch setzen, und flugs finden wir die Idee, das Gelände der Trabrennbahn zu einem Gewerbegebiet zu entwickeln. Hat einmal jemand mit den Nutzern des Geländes gesprochen? Wir schon. Hat sich jemand Gedanken gemacht, ob das Gelände von seiner Bodenbeschaffenheit überhaupt für den angedachten Zweck geeignet ist? Hat jemand bedacht, dass es in unmittelbarer Nachbarschaft auch noch den Flughafen gibt, der auch „betroffen“ sein könnte?

Gerätselt haben wir, welchem Ampel-Partner die Idee der „freundlichen Toilette“ zuzuordnen ist? Wir haben niemanden „hier“ rufen gehört. Vielleicht doch zu anrücklich? Spülen wir es einfach ab.

Wenn ihr Finanzierungsvorschlag für diese Wahlgeschenke darin besteht, meine Damen und Herren von der Ampel-Mehrheit, die Beteiligung am Fonds Deutsche Einheit nicht mehr zu akzeptieren, ist dies unseriös und spiegelt nicht vorhandene finanzielle Spielräume vor. Was bedeutet: Wir akzeptieren dies nicht? Wollen Sie aus der Bundesrepublik Deutschland austreten? Soll dies ein Rat an Hoteliers und Menschen mit zweitem Wohnsitz sein, die von ihnen eingeführten Steuern ebenfalls nicht zu akzeptieren? Wir gehen davon aus, dass der Oberbürgermeister, nicht zuletzt aufgrund seiner Funktion beim Städtetag, die Rechtslage kennt und gegebenenfalls längst gemeinsam mit anderen Kommunen rechtliche Schritte eingeleitet hätte. Aber auch in dieser Frage scheint ihr Vertrauen in unser Stadtoberhaupt nicht besonders groß zu sein.

Richtig bleibt dennoch, und das haben wir in den Haushaltsberatungen seit Jahren deutlich gemacht, dass die Finanzierung des Fonds Deutsche Einheit dringend auf den Prüfstand ge-

hört, damit Geld nicht weiterhin nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf verteilt wird. Und einig sind wir uns sicher auch darin, dass Mönchengladbach und viele andere Städte sich nicht aus eigener Kraft aus der schwierigen Finanzsituation wird befreien können. Es kann zum Beispiel auf Dauer nicht so bleiben, dass die Kommunen das gesellschaftliche Problem der Arbeitslosigkeit finanziell auszubaden haben, indem sie für die Betroffenen die Kosten der Unterkunft zu tragen haben. Der Diskussion über die Angemessenheit der Verteilung von Aufgaben und Finanzmitteln müssen sich die Bundesregierung und auch die neue Landesregierung stellen.

Unser Vertrauen in letztere ist allerdings begrenzt, denn im Koalitionsvertrag der rot-grünen Minderheitsregierung finden sich dazu widersprüchliche Aussagen. Zum einen heißt es: „Daher werden wir die kommunale Selbstverwaltung wieder stärken und die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen erweitern. Wir (. . .) ermöglichen den Gemeinden, sich finanziell zu konsolidieren. (. . .) Eine weitere Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen ohne die Bereitstellung der finanziellen Mittel wird es nicht geben. Wir werden daher das Konnexitätsprinzip umgehungssicher ausgestalten.“

Dies können wir nur begrüßen. Aussagen wie „Wir werden schrittweise die Elternbeitragsfreiheit in den Kindertageseinrichtungen einführen“ und die Ankündigung der Ausweisung einer zweckgebundenen „Kulturpauschale“ aus GFG-Mitteln stehen dem konträr gegenüber. Sie lassen befürchten, dass auch hier wieder Landespolitik auf dem Rücken der Kommunalfinanzen betrieben werden soll.

Noch ein Wort zu dem Vorwurf, wir hätten keine eigenen Anträge vorgelegt: Abgesehen davon, dass das in den Fachausschüssen geschehen und der Vorwurf damit falsch ist, lässt sich die Frage danach, wer in der Lage ist, unsere Stadt nach vorn zu bringen, nicht an der Zahl von Anträgen messen.

Lenken Sie mit Ihren Vorwürfen nicht von der eigenen Ideenlosigkeit ab. Lenken Sie mit Ihren Hinweisen auf die Vergangenheit nicht von der eigenen Perspektivlosigkeit ab. Machen Sie konstruktive Vorschläge, über die wir dann gern mit Ihnen diskutieren. Was Sie, Herr Oberbürgermeister, und Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Ampel-Mehrheit, uns heute auf den Tisch gelegt haben, reicht uns nicht aus.

Die Haushaltslage unserer Stadt ist insbesondere von strukturellen Problemen gekennzeichnet. Ich möchte dies an einigen markanten Kennziffern deutlich machen:

- Trotz einer überdurchschnittlich starken Steuerkraft ergibt sich ein Defizit von 170 Millionen Euro/Jahr.
- Diese überdurchschnittlich starke Steuerkraft gibt es trotz einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote. Auch die Quote von Menschen, die das Arbeitslosengeld II beziehen, ist in Mönchengladbach überdurchschnittlich.
- Nicht nur die Transferaufwendungen insgesamt sind in Folge dessen überdurchschnittlich; auch die Ausgaben je Leistungsbezieher liegen in Mönchengladbach über den vergleichbaren Werten anderer Kommunen.

Diese wenigen Beispiele machen deutlich, dass wir nur dann zu einer signifikanten und dauerhaften Haushaltskonsolidierung kommen können, wenn wir die Ziele unserer Haushaltspolitik strategisch definieren. Dazu müssen auch die entsprechenden Einflussfaktoren analysiert und strategisch gesteuert werden.

Nun deckt die unverhofft eingetretene Jahrhundertkrise tief greifende gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Veränderungen auf, die sich noch, dessen bin ich sicher, weit in das vor uns liegende Jahrzehnt erstrecken werden. Diese Krise und die nun vor uns liegende Zeit erfordern neuartige kreative Ideen und Gedanken, wie aus diesen erlebten und erlebbaren Veränderungen und Brüchen Chancen ermöglicht werden können, auch Chancen für Mönchengladbach! Krise bedeutet Wandel und Wandel bedeutet Chancen!

Sie, Herr Oberbürgermeister, und Sie, sehr geehrte Damen und Herren von den Ampelfraktionen haben am 30. August 2009 - unverhofft - quasi als Geschenk der Geschichte diese einmalige Möglichkeit erhalten, aus der Krise heraus Chancen für Mönchengladbach aufzuzeigen und zu realisieren. Der Haushaltsplan, das Haushaltssicherungskonzept und das so genannte Antragsbuch der Ampel-Mehrheit machen aber deutlich: Sie haben diese Möglichkeit verpasst. Ihre Pläne lassen eine Analyse der wesentlichen Einflussfaktoren auf unsere Haushaltslage und Vorschläge zu deren Steuerung vermissen, und deshalb lehnt die CDU-Fraktion diesen Haushaltsplan und dieses Haushaltssicherungskonzept ab.

Richtig wäre ein Strategieansatz gewesen, der sich am prognostizierten Defizit der Stadt in Höhe von 170 Millionen Euro für dieses Jahr, das sich auch für die nächsten Jahre in ähnlicher Größenordnung abzeichnet, orientiert und die folgenden Fragen beantwortet hätte:

Sind Bevölkerungsstruktur und -entwicklung eine von uns hinzunehmende Tatsache?

Nach der Broschüre „Bevölkerungsentwicklung 2000 – 2009“ des Fachbereichs Stadtentwicklung und Planung sind in den vergangenen zehn Jahren 70.000 Menschen nach Mönchengladbach zugezogen. Dies ist immerhin ein Viertel unserer Bevölkerung. Für welche Bevölkerungsgruppen sind wir attraktiv? Können wir die Entwicklung unserer Bevölkerungsstruktur beeinflussen?

Und es gibt zahlreiche weitere Fragen, deren Beantwortung wir vermissen. Deren Beantwortung aber mehr für eine tatsächliche Haushaltskonsolidierung bewirken würde als ein Antragsbuch mit Prüfaufträgen, die die Kapazitäten der Verwaltung überfordern oder Anträge der Opposition, die von Ihnen wie in zahlreichen Ausschüssen ohne Diskussion niedergestimmt werden.

1. Wie wirken sich die Megatrends wie Urbanisierung, Stärker werdende Bedeutung von Frauen und älteren Menschen auf die Bevölkerungsstrukturen von Metropolen, umliegende mittelgroße Städte wie MG und deren Peripherie aus.
2. Wie können wir diese Trends für eine positive Entwicklung von Bevölkerungszahl und -struktur und somit für eine Verbesserung der heute negativen Deckungsbeiträge in den einzelnen Service- und Produktbereichen nutzen?
3. Unter welchen Rahmenbedingungen kann Mönchengladbach eine aktive Rolle darin spielen, die Wirtschafts- und Bevölkerungsräume jenseits von Maas und Rhein zu verbinden und daraus einen bedeutenden Nutzen zu ziehen bei Bevölkerungsentwicklung, Unternehmensansiedlung und Bündelung von Ausbildungsangeboten?
4. Mit welchen strategischen Partnern wären enge Kooperationen möglich, um verpflichtende und freiwillige Aufgaben der Verwaltung mit dem klaren Ziel der Kostenreduzierung zu erfüllen und die negativen Deckungsbeiträge in fast allen Leistungs- und Produktbereichen zu verringern.
5. Mit welchen strategischen Partnern wäre eine gemeinschaftliche Wirtschaftsförderung in dem Sinne möglich, B- und C-Prioritäten des Partners für Mönchengladbach als A-Priorität zu entwickeln. Mönchengladbach könnte die Raum- oder Flächennot von Partnern nutzen, wovon auch diese wiederum profitieren könnten.
6. Wie kann der gesamte Konzern „Stadt“ auf diese Ziele ausgerichtet werden?
7. Welche infrastrukturellen Voraussetzungen müssen geschaffen werden? Auf welche kann verzichtet werden?

Ich frage Sie alle, wäre es nicht sinnvoller gewesen, die Mittel, die Sie in Maßnahmen das 1000-Bäume-Programm oder die sechste Gesamtschule stecken wollen, in einen Strategie-

ansatz zu investieren, der unsere Fragen beantwortet und somit aus reinen Ausgaben rentierliche Investition macht? Denken Sie einmal darüber nach!

Nach unserer Auffassung sind folgende Punkte erforderlich um eine Konsolidierung der städtischen Finanzen näher zu kommen:

1. Konsequente Umsetzung der beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen.
2. Definition von strategischen Zielen, die die verschiedenen Politikfelder wie Stadtentwicklung etc. mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung verbinden.
3. Klare Priorisierung der weiteren, zu prüfenden Konsolidierungsmaßnahmen auf Grundlage dieser Ziele und im Rahmen von konkreten Zeitvorgaben, die die Kapazitäten der Verwaltung berücksichtigen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.